

Protokoll über die Sitzung Nr. 4/2023 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 17. April 2023 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordnete Christina Heide

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Beigeordneter Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Ulf Berner

Beigeordneter Martin Burkhart

Mitglieder Fraktion WIN@WBV

Beigeordneter Markus Bulla

Stellv. Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernenten

Stadtrat Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jörg Engesser - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

Es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Stefan Becker

Ausschussmitglied Volker Block

als Gast

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 13.03.2023
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2019 - 2021 **83/2023**
 - 4.2 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2024 für kostenrechnende Einrichtungen **84/2023**
 - 4.3 OBS Stadtmitte – Anmietung von Schulcontainern zum Schuljahr 2023/2024 **73/2023**
 - 4.4 Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine **106/2023**
 - 4.5 Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen **531/2023**
 - 4.6 Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre **533/2023**
 - 4.7 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen **543/2023**
 - 4.8 Antrag Gruppe FDP/FW: Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren Durchbau Friedenstraße **545/2023**
 - 4.9 Antrag WIN@WBV und CDU-Fraktionen: Konzeptentwicklung für die Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten **547/2023**
 - 4.10 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **110/2023**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
-Keine-
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
 - 6.2 Sachstand Tourismuskonzept
 - 6.3 Strukturwandel
 - 6.4 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit einer Enthaltung unverändert festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 13.03.2023

Herr Tönjes kritisierte, dass die Niederschrift nicht ausführlich genug sei und widersprach daher der Genehmigung.

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 13.03.2023 wurde bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2019 - 2021 **83/2023**

Herr Müller erläuterte kurz den Beteiligungsbericht und erklärte, dass Vorjahreswerte herangezogen worden sein, wenn der aktuelle Jahresabschluss der Gesellschaft noch nicht vorgelegen habe.

Herr Heinemann bat die Verwaltung bei der VHS gGmbH den Jahresabschluss anzufordern.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Beteiligungsbericht 2022, mit den Jahresabschlüssen 2019 – 2021, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4.2 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2024 für kostenrechnende Einrichtungen **84/2023**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2024 auf 2,15 % (bisher 2,33 %) fest.

4.3 OBS Stadtmitte – Anmietung von Schulcontainern zum Schuljahr 2023/2024 **73/2023**

Herr Schönfelder führte in die Beschlussvorlage ein und berichtete, dass der Schulausschuss und der Betriebsausschuss GGS der Vorlage einstimmig zugestimmt haben.

Es folgte eine Diskussion zwischen den **Herren Walpurgis, Burkhart, Marušić**, und **Frau Zaage** darüber, ob der Kauf von Containern eine wirtschaftliche Alternative zur Anmietung sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Am Standort der OBS Stadtmitte in der tom-Brok-Straße 15 werden zum Schuljahr 2023/2024 zusätzlich drei allgemeine Unterrichtsräume (AUR) sowie zwei Fachräume für den Musikunterricht und ein dafür erforderlicher Lagerraum als Containerlösung eingerichtet.

GGs wird mit der Umsetzung beauftragt. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden in den WPlan 2023 eingestellt. Die Refinanzierung der Miete erfolgt über den TeilHH 240 (Fachbereich Bildung und Sport). Hierfür sind die erforderlichen Mittel in den Doppelhaushalt 2023/2024 aufzunehmen.

4.4 Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine **106/2023**

Herr Oberbürgermeister Feist führte in die Beschlussvorlage ein.

Die **Herren Schön, Berner, Tönjes, Walpurgis, Dr. Schulte, Bulla, Stoffers, Burkhart, Frau Marxfeld** und **Frau Zaage** tauschten sich darüber aus, ob eine Städtepartnerschaft trotz der Kosten notwendig sei und welche Stadt passend wäre.

Die SPD-Fraktion sprach sich hierbei aufgrund der finanziellen Mittel gegen eine Partnerschaft aus.

Herr Berner, Frau Zaage, Herr Bulla und **Herr Stoffers** erklärten, dass noch keine Abstimmung innerhalb der jeweiligen Gruppe beziehungsweise Fraktion erfolgt sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Bulla** gab **Frau Muth** einen Überblick über die aktuellen Partnerschaften und deren Ausgestaltung.

Herr Oberbürgermeister Feist stellte aufgrund einer Rückfrage von Herrn Berner klar, dass die Entscheidung darüber mit welcher Stadt die Partnerschaft eingegangen werden soll abschließend im Rat getroffen werde. Im Ausschuss werde erst einmal der Wille zur Städtepartnerschaft aufgezeigt.

Herr Tönjes stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur nächsten Sitzung.*

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Abschluss einer Solidaritätspartnerschaft mit einer der beiden ukrainischen Partnerstädte von Bydgoszcz/Polen.

4.5 Antrag der CDU-Fraktion: Aufstellungsbeschluss am Handelshafen **531/2023**

Frau Zaage stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.*

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt beschließt:

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch, in der aktuell gültigen Fassung, die Aufstellung eines Bebauungsplans in dem wie folgt umschlossenen Bereich:

nördlich des Ems-Jade-Kanals,

östlich der Luisenstraße,

westlich der Deichstraße und

südlich der Admiral Klatt Straße bzw. südlich der Flurstücke Flur 18, Flurstück 828/58 und Flur 18 Flurstück 58/4.

4.6 Antrag der CDU-Fraktion: Veränderungssperre **533/2023**

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellte **Frau Zaage** ebenfalls einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.*

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt beschließt:

Veränderungssperre

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, aufgrund des § 14 Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch, in der aktuell gültigen Fassung eine Veränderungssperre für den unten genannten Bereich, nachdem der Rat der Stadt Wilhelmshaven in seiner Sitzung vom 15.03.2023 die Aufstellung eines Bebauungsplans in dem wie folgt umschlossenen Bereich:

nördlich des Ems-Jade-Kanals,
östlich der Luisenstraße,
westlich der Deichstraße und
südlich der Admiral Klatt Straße bzw. südlich der Flurstücke Flur 18, Flurstück 828/58 und Flur 18 Flurstück 58/4.
beschlossen hat.

4.7 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen**543/2023**

Herr Bulla brachte den Antrag ein.

Herr Bruns erklärte, dass die im Antrag genannte Frist zu kurzfristig sei.

Herr Müller erklärte, dass die Verwaltung bisher nicht im Blindflug unterwegs sei, sondern schon mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen arbeite, dies sei sogar gesetzlich geregelt. Der Fachbereich Finanzen habe bereits an einer Dienstanweisung zum Thema Investitionscontrolling gearbeitet. Hierbei handelt es sich eigentlich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Wenn die Politik darüber entscheiden möchte, sei dies keine Dienstanweisung mehr.

Herr Bruns schlug vor, dass man das Grundsätzliche in einer Richtlinie festlegen und den Ablauf intern mit einer Dienstanweisung regeln könne. Er bat jedoch in jedem Fall um mehr Zeit für die Verwaltung, damit dieses Vorhaben strukturiert angegangen werden kann.

Es folgte eine kurze Diskussion zwischen **Herrn Tönjes, Herrn Berner, Herrn Dr. Schulte, Herrn Stoffers** und **Herrn Bulla** über die Notwendigkeit und Ausgestaltung einer Richtlinie.

Herr Müller machte den Vorschlag, den Antrag erst einmal zu vertagen, damit die Verwaltung prüfen kann, was in einer Richtlinie und was in einer Dienstanweisung geregelt werden kann.

Herr Stoffers stellte daraufhin einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung*.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Für jede finanzwirksame Maßnahme, also für alle Maßnahmen, die sich auf Ausgaben und Einnahmen der Stadt auswirken, ist eine vorherige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Anlehnung an den Ausführungen der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 7 LHO Niedersachsen zwingend durchzuführen und vollständig zu dokumentieren.

In dieser sind Handlungsbedarf bzw. die zu erreichende Ziele so funktional wie möglich formuliert und alle hierzu möglichen, denkbaren Alternativen zunächst vollständig aufzuführen.

In einem zweiten Schritt sind Alternativen, die für die Erreichung des Ziels nicht geeignet scheinen, begründet auszusondern.

Die verbleibenden Alternativen sind konkret zu beschreiben und unter Berücksichtigung aller finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, somit inklusive aller Lebenszykluskosten, Personalkosten u. ä. für einen sinnvoll gewählten Betrachtungszeitraum zu berechnen und darzustellen.

Nicht monetäre Faktoren sind in einer ergänzenden Nutzwertanalyse zu betrachten. Der Entscheidungsfokus ist jedoch vorrangig auf monetäre Aspekte zu richten.

Die Verwaltung entwickelt analog zu der o.a. VV als Anlage beigefügten Arbeitsanleitung für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des BMF eine Handlungsanleitung für die Stadt Wilhelmshaven, die auch die Komplexität einzelner Maßnahmen berücksichtigen soll.

Diese ist dem Rat bis zur Sitzung im Juni 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bei Beschlussvorlagen an den Rat sind die WU Bestandteil der Verwaltungsvorlage.

Auch finanzwirksame Maßnahmen, die nicht der Beschlussfassung des Rates unterliegen, dürfen ohne dokumentierte WU nicht vollzogen werden. Diesen Vorgängen ist die WU als begründende Unterlage beizufügen. Sie werden Bestandteil des Vorgangs und unterliegen somit auch der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes.

- 4.8 Antrag Gruppe FDP/FW: Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren Durchbau Friedenstraße **545/2023**

Herr Dr. Schulte brachte den Antrag ein und berichtete, dass der Antrag im Ausschuss für Planen und Bauen einstimmig angenommen wurde.

Herr Heinemann, Herr Marušić, Herr Burkhart, Herr Dr. Schulte, Herr Schön, Herr Fischer, Herr Stoffers, Herr Berner und Herr Tönjes äußerten sich zu dem Antrag.

Herr Schön kündigte im Rahmen dessen an, dass die SPD-Fraktion einen Antrag auf Prüfung der Einrichtung eines Radschnellweges über diese Trasse einbringen wird.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Verzicht auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und Beendigung der notwendigen Unterlagen für das Planfeststellungsverfahrens Durchbau Friedenstraße zu und beauftragt die Stadtverwaltung, alle notwendigen Schritte und Verhandlungen zur Beendigung der beauftragten Planungen und Gutachten einzuleiten.

4.9 Antrag WIN@WBV und CDU-Fraktionen: Konzeptentwicklung für die Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten **547/2023**

Der Antrag wurde von **Herrn Bulla** eingebracht.

Herr Bruns stimmte zu, dass Digitalisierung grundsätzlich zur Konsolidierung beitragen wird, allerdings sei der Antrag zu unkonkret. Der Personalfehl sei unbekannt und die Digitalisierung derzeit noch sehr begrenzt. Er sagte zu, dass die Verwaltung bis zum Wochenende einen Vorschlag einbringen wird, wie die Digitalisierung im Haushaltssicherungskonzept berücksichtigt werden könne.

Frau Heide gab bekannt, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und sich daher zunächst enthalten wird.

Herr Oberbürgermeister Feist erläuterte, dass es innerhalb der Verwaltung sehr viele Stellen gibt, die nicht durch Digitalisierung reduziert werden können, wie z.B. in der Feuerwehr. Die anderen Fachbereiche müssten die dort vorgesehenen 5% Reduzierung also dann auffangen, dies sei kaum möglich.

Herr Burkhart hielt die Argumente vom Oberbürgermeister für schlüssig und sprach sich dafür aus, bestimmte Bereiche nicht zu berücksichtigen.

Herr Fischer und **Herr Weithöner** waren gegen die Herausnahme von Bereichen.

Herr Berner stellte einen *Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung* bis zur nächsten Sitzung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung bis zur nächsten Sitzung wurde mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Verwaltungsstruktur zu entwickeln, welches sowohl das künftige Personalfehl als auch dem gegenüberstehend die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt.

Das Konzept soll keinen Denkverbote unterliegen und ggf. auch unterschiedliche Varianten und Möglichkeiten aufzeigen. Hinsichtlich finanzieller Auswirkungen sind sowohl alle Einsparungen in allen Bereichen aufzuzeigen als auch notwendige Ausgaben, die sich ggf. durch fortschreitende Digitalisierung ergeben. Die Digitalisierungsausgaben sind dabei getrennt nach Auswirkungen aufgrund ohnehin bestehender gesetzlicher Verpflichtung sowie ggf. zusätzliche Ausgaben, die aus weiteren Varianten/Konzeptvorschlägen ergeben. Zu berücksichtigen ist auch die Ausweitung von Telearbeitsplätzen und der sich hieraus ergebende geminderte Raumbedarf. Zugrunde zu legen sind folgende Vorgaben: Unter Berücksichtigung der Personalfuktuation der vergangenen Jahre sowie des Ausscheidens aufgrund der Altersgrenze ist davon auszugehen, dass 150 Stellen (Vollzeitäquivalent=VZÄ) nicht nachbesetzt werden können, selbst wenn sich in der Aufgabenkritik/Verwaltungsstruktur keinerlei Änderungen ergeben würden. Es ist somit erforderlich, die Verwaltung so aufzustellen, dass die Aufgaben auch mit einer Reduzierung von 10% der Stellen (VZÄ) gewährleistet werden muss. Diese Reduzierung ist durch geeignete Maßnahmen im Zuge der Digitalisierung zu kompensieren, was einer sehr konservativen Einschätzung der Einsparung entspricht und somit solide erscheint. Die Reduzierung der VZÄ sind dementsprechend beginnen ab dem Kalenderjahr 2026 mit mindestens 5 % auszuplanen und dann jährlich um mindestens ein Prozent zu steigern. Das Konzept ist dem Rat bis zum 30.11.2023 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieser Beschluss ist dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2023/2024 beizufügen, die obigen Vorgaben zum Stellensoll sowie ggf. Infrastrukturanpassungen in diesem zu berücksichtigen. Ausgaben für gesetzlich verpflichtende Digitalisierungsmaßnahmen dürften dabei nicht zusätzlich anfallen, da diese ohnehin in der Haushaltsplanung abgebildet sein müssen.

- 4.10 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **110/2023**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spende.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein der GS Wiesenhof, Frau Maike Schun, Am Wiesenhof 142, 26389 Wilhelmshaven	1.204,73€	Sachspende/Mikropho ne inkl. Zubehör für den bessren Klang bei Auftritten und Veranstaltungen

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

6 Mitteilungen und Anfragen

Satzung Kindertagespflege

Herr Stoffers stellte Fragen zu der beschlossenen Satzung für die Kindertagespflege. Es ging darum, ob der Rat ohne Haushaltsmittel diesen Beschluss fassen durfte, ob die Satzung zum 01.04. rechtswirksam geworden sei und ob bereits Zahlungen geleistet wurden.

Herr Schönfelder vertrat die Rechtsauffassung, dass der Beschluss den Rat bindet die Mittel in den Doppelhaushalt 2023/ 2024 aufzunehmen. Er erklärte außerdem, dass die Satzung aufgrund bestehender Unklarheiten noch nicht verkündet sei und damit noch nichts rechtswirksam ist.

Tarifverhandlungen

Herr Bulla sprach die Ergebnisse der Tarifverhandlung an und erkundigte sich nach den Auswirkungen auf den Haushaltsplan.

Herr Bruns antwortete, dass der Großteil der Mehraufwendungen bereits im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt sei. Die Auswirkungen werden allerdings derzeit noch genau ermittelt.

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-Keine Wortmeldungen-

6.2 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Becker stellte in einem kurzen Vortrag den Sachstand zum Tourismuskonzept vor.

Herr Burkhart und **Herr Weithöner** stellten Rückfragen zu den Maßnahmen, welche von **Frau Becker** und **Herrn Oberbürgermeister Feist** beantwortet wurden.

6.3 Strukturwandel

-Keine Wortmeldungen-

6.4 Sachstand Neubürgerakquisition und Einwohnerentwicklung

-Keine Wortmeldungen-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:28 Uhr

Bruns
Stadtrat

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin